

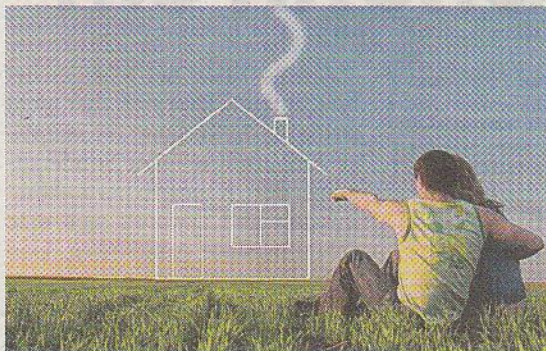
# Raschere Widmungen und mehr Macht für Gemeinden

Häuslbauer sollen maximal drei Monate warten. Beirat wird abgeschafft. Uwe Scheuch will, dass Gemeinden über Einkaufszentren entscheiden.

ANDREA BERGMANN

Die Umbaupläne sind umfassend und haben das Ziel, dass Kärntens Gemeinden künftig eigenständig mehr - und rascher - entscheiden können. Landeshauptmann-Vize Uwe Scheuch (FPK) präsentierte gestern als Raumordnungsreferent Pläne, die auch Teil des Gemeindekonvents sind. Vom Koalitionspartner ÖVP gibt es Zustimmung, im Landtag erwartet er für die Gesetze Einstimmigkeit.

**Grundstückswidmungen.** Nicht nur Häuslbauer dürfen sich freuen. Nach Gesetzesänderungen sollen mit dem zweiten Halbjahr 2012 Grundstückswidmungen nicht mehr bis zu eineinhalb Jahre dauern, sondern bis zu drei Monate. Denn der Raumordnungsbeirat des Landes, der



nicht mehr als Beratungsfunktion hat, wird ersatzlos gestrichen. Gewidmet wurde sehr wohl auch dann, wenn es negative Stellungnahmen des Beirates gab.

Wobei die Landesebene indirekt weiterhin mitentscheiden wird: Die Gemeinden müssen die auf circa zehn Jahre ausgelegte örtliche Entwicklungsplanung mit dem Land abstimmen. Im

Rahmen dieses Planes kann die Gemeinde dann ihre Widmungen vornehmen, die Zwischeninstanz Land fällt im Einzelfall aber weg. **Einkaufszentren.** Mehr Autonomie sollen die Gemeinden in den durchaus heiklen Widmungsfällen für Einkaufszentren bekommen. Künftig soll es so sein, dass der Gemeinderat alleine entscheidet, ob im genau definierten

**Das Warten auf die Grundstückswidmung für das eigene Haus soll auf drei Monate verkürzt werden**

FOTOLIA

Ortskern der Gemeinde - und nur dort - ein Einkaufszentrum entsteht. So soll der Entvölkerung entgegengewirkt werden, Arbeitsplätze sollen entstehen. Die Nachbarstädte würden per neuem Gesetz kein Veto mehr einlegen dürfen. Beispiel: Treffen will ein EKZ, Villach verhindert das. Mit der jetzigen Regelung wäre ein EKZ für Gmünd nicht möglich, skizzierte Scheuch ein anderes Beispiel.

**Geeinte Gemeinden.** Laut Scheuch soll es künftig via KWF-Förderungen Druck vom Land auf die Gemeinden zur Zusammenarbeit im Sinne der Region geben. Der Kampf um Betriebsansiedlungen und die Kommunalsteuer soll aufhören. Egal wo sich der Betrieb niederlässt, die Steuer soll per Schlüssel auf die Gemeinden in der Region aufgeteilt werden.